

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241  
Telefon für Nachrufsprecher: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

in Dresden bei täglich zweimaliger Auflage monatlich M. 30,-, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auflage monatlich M. 45,-.  
Die Tageszeitung um dreieckiges M. 9,- außerhalb Sachsen's M. 11,-. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmärkte, Tageszeitungen M. 10,- und Werbeanzeigen M. 2,-. Nachdruck, Vorsatzspalte kostet Taler. Ausserordentliche Ausdrücke gegen Verlustabrechnung. Sammelnummer M. 2,-. Sonntagsausgabe M. 3,-.

Schreiberleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marktstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichard in Dresden.  
Postleitzahl-Kontrolle 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Ernst Lange**  
Koffer- u. Taschenfabrik  
König Johann-Dr. Pirnaischer-Platz

BANKHAUS  
**HERMANN SCHULZ**,  
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14026, 14034, 14038 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20804  
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte, Finanzielle Beratung

Belvedere | Hotel u. Blesch  
Brühlsche Terrasse | Kaffee  
Klein-Kunstbühne 4-7 Uhr und 8-12 Uhr  
4 Uhr Täglich 8 Uhr Konzerte  
Große Elber-Orchester-Konzerte  
Weinrestaurant — Bar  
Frühstücksstube

## Der bairische Konflikt und die Reichsverfassung.

### Das eventuelle Verfahren der Reichsregierung gegen Bayern.

Berlin, 24. Juli. In der heutigen Kabinettssitzung aus Anlass des Zwischenfalls zwischen Bayern und dem Reiche wird von der Regierung noch berichtet, daß das Reichskabinett an der Überzeugung kam, man müsse abwarten, ob die bairische Regierung nicht selbst einen Ausweg finde, der das organische Gefüge des Reiches vor Konsequenzen und Brüderlichkeit bewahrt. Die für alle Teile ans tiefteste bedeuerlichen wären. Rechtlich wäre der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hätte, falls Bayern zum Erlass einer besonderen Ausnahmeverordnung schreite, der folgende: Der Reichstag müsse sofort einberufen werden und seinerseits die Aufhebung der von der bairischen Regierung erlassenen Ausnahmeverordnung beschließen. Auf Grund dieses Reichstagsbeschlusses aber würde der Reichspräsident die Aufhebung der bairischen Verordnung verfügen. Zugleich habe das Reich die Möglichkeit, beim Obersten Reichsgericht eine Entscheidung zu beantragen, ob überhaupt die bairische Verordnung zulässig sei. Diese juristischen Gewagungen seien jedoch erst in zweiter Linie von Bedeutung, da es sich um eine ausgeprochene politische Frage handle. Eine Entscheidung des Reichskabinetts dürfte nicht vor Mitte der Woche zu erwarten sein.

Berlin, 24. Juli. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt“ erläutert, betrachtet man in parlamentarischen Kreisen den Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche als allgemein ernst. Es müsse festgestellt werden, daß die Spannung zwischen Berlin und München noch nie einen derartigen Grad erreicht habe, wie jetzt. Auf keinen Fall werde die Reichsregierung dulden dürfen, daß sich ein Einzelstaat der Durchsetzung von auf verfassungsmäßigem Wege aufgestellten gesetzlichen Rechtsauffassungen widersetze. Wenn nicht in den führenden Kreisen Bayerns die Verfassungstreue siegt, so werde man vor der sehr ernsten Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verlust sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung bietet dem Reichspräsidenten die Handhabe, mit der bewaffneten Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Reichsgerichte herbeizuführen, sowie auch jedes bairische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstößt, außer Kraft zu setzen. Die bairische Regierung müsse unter Umständen auch damit rechnen, daß isoliert eine Biegung der Arbeiter im Reiche eintrete, die vermutlich auch mit einer Unterwerfung der Kohlenversorgung Bayerns den bairischen Widerstand brechen würde.

### Zustimmung des Ministerrates zu den Vorschlägen der Bairischen Volkspartei.

München, 24. Juli. Wie die „Münchner Neuen Nachrichten“ melden, hat der Ministerrat in der Anwesenheit der Schauspieler und ihrer Anwendung in Bayern die Befreiung der Bairischen Volkspartei zu eignen gemacht. meldungen, die von einer bereits gefallenen Entscheidung sprechen, sind, wie das Blatt ausführt, nicht zutreffend. Denn erst die Annahme oder Ablehnung der Befreiung Bayerns durch das Reich steht Bayern vor die endgültige Entscheidung. Dazwischen werde allerdings eine sehr wahrscheinliche Landtagswahl mit Regierungsbildung liegen, da so wichtige Entschlüsse aller Parteien eine Befragung des bairischen Volkes ratsam erscheinen lassen.

### Die Haltung der bairischen Demokraten.

München, 24. Juli. Die deutsch-demokratische Fraktion beschloß nach längeren Fraktionsberatungen in der sie zunächst auf die Forderungen der Bairischen Volkspartei Bezug nimmt und hervor-

hebt, daß die demokratische Fraktion an den Vorverhandlungen schwere Bedenken gegen wichtige Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik und der anderen Reichsgefechte geltende mache und bereit war und ist, alles zu tun, um eine baldige weitere Verbesserung der Gesetze im Sinne der allgemeiner demokratischer Grundsätze und im Sinne der bairischen staatlichen Hoheitsrechte auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen zu helfen. Der Reg. den die Staatsregierung im Vollzug der Beschlüsse der Bairischen Volkspartei einstellt, erscheint uns verfassungsmäßig ungängbar und politisch gefährlich. Durch die Beschlüsse der Bairischen Volkspartei und der Mehrheit des Staatsministeriums ist das bisherige Regierungsprogramm einstellig durchbrochen und die bisherige Regierungspolitik aufgehoben. Die deutschdemokratische Fraktion ist nicht in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen für die jetzt von der Staatsregierung eingeleitete Politik, die zu einem tiefen Zwischenfall im deutschen und bairischen Volke wie zu schweren und politischen Schädigungen zu führen droht. Angesichts dieser Gesetze halten wir es für die Aufgabe aller qui deutsch und qui bairisch Gedachten, die zwischen Land und Reich ausgetrocknete Krise trotz allem auf verfassungsmäßigen Wege anzugeleichen, um der Einheit des deutschen Volkes willen. (W. T. B.)

### Die Entschließung des Bairischen Bauernbundes

München, 24. Juli. Der Landesvorstand des Bairischen Bauernbundes hat in seiner heutigen Sitzung die folgende Entschließung angenommen: Der Bairische Bauernbund steht seit seiner Begründung auf dem Boden des Föderalismus und hat diesen seinen Standpunkt nach der Umwälzung von 1918 und bei der Abstimmung über die Verfassung in Weimar beibehalten und zum Ausdruck gebracht. Er hat wegen der Preisgabe namentlich der Hoheitsrechte der einzelnen Staaten in Weimar gegen die Verfassung gestimmt. Angefeind der unverkennbaren Strebungen zur Befestigung der republikanischen Staatsform und ihrer Träger hält er eine entschiedene Abwehr der sich aus diesen Bestrebungen ergebenden Gefahren für dringend notwendig. Zu seinem Bedauern hat das vom Reichstag und Reichsrat angenommene, diesem Zweck dienende Gesetz eine Form erhalten, die einen Eingriff in die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedeutet. Er billigt daher alle verfassungsmäßig zulässigen Versuche der bairischen Regierung, die geeignet sind, den vom Reichstag und Reichsrat angenommenen Gesetzen ihre bündestaatlichen Hoheitsrechte bedrohende Wirkung zu nehmen. Dabei hebt er ausdrücklich hervor, daß er die Freiheit zum Reiste und die Einheit des Reiches unter keinen Umständen preisgeben wird. (W. T. B.)

### Ruhestörnde Umzüge in München.

München, 24. Juli. Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten, die unter Abföhrung antisemitischer Bilder einige Münchner Straßen durchzogen, rübelten den zufällig vorbeifahrenden Landtagsabgeordneten Auer an. Erhebungen über die Ruhesörer sind eingeleitet. Einige Stunden später durchzog ein Zug von Leuten, die die Arbeitermarieke sahen, die gleichen Straßen. Mit Rücksicht auf die Polizei hat die Polizeidirektion angeordnet, daß die Sicherheitsorgane künftig in Jüge, die zur Nachzeit in ruhestörender oder provozierender Art die Straße durchlaufen, anhalten und die Teilnehmer festnehmen. (W. T. B.)

### Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Leipzig, 24. Juli. Die endgültige Zusammenfassung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik ist folgende: Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Hagen, die Stellvertretung ist dem Senatspräsidenten Richter übertragen. Als Mitglieder des Staatsgerichtshofs wurden Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten und Reichsgerichtsrat Dr. Seitzer ernannt. Als Untersuchungsrichter fungiert Landgerichtsdirektor Alten vom Landgericht Frankfurt a. M. In den letzten Tagen haben bereits einige interne Sitzungen stattgefunden. (W. T. B.)

### Schwere kommunistische Ausschreitungen.

Klausenthal, 24. Juli. Am Donnerstag stand ein Demonstrationzug der kommunistischen Arbeiterjugend des Harzer Unterbezirks statt. Dabei plünderten die Kommunisten die Häuser und Gasthäuser der Kundenfirmen der Bergakademie und verbrannten deren Möbel und Embleme. Es gab dabei einen Toten und mehrere Schwerverletzte.

Über die blutigen Vorfälle am Sonntag gibt die Klausenthaler Polizeibehörde eine Darstellung, in der es heißt: Die kommunistische Jugend des Harzes veranstaltete am Sonntag in Klausenthal-Zellerfeld eine Demonstration, die sich gegen die „reactionäre Jugendziehung“ richtete. Um 5 Uhr früh, als sich die Demonstranten unter Führung zahlreicher roter Fahnen am Bahnhof Klausenthal versammelten, kam es zum ersten Zwischenfall. Der Student an der Klausenthaler Bergakademie Karl Bode hatte seinem Missfallen über die Demonstration Ausdruck gegeben und dabei die rote Fahne als einen Kappe bezeichnet. Die Vorübermarschierenden hörten die Worte und drangen nur auf Bode ein, der zunächst aus seinem Revolver zwei Schußabzüge in die Luft abgab und dann in den Büroraum des Bahnhofs flüchtete. Die erregte Menge folgte ihm dorthin. Als die Tätilichkeiten fortgesetzt wurden, zog der Student seinen Revolver von neuem und gab einen Schuß in die Menge ab, der einen 15-jährigen Demonstranten töte. Dem Studenten wurde darauf von den Kommunisten mit einem Stuhlbein die Schädeldecke zertrümmert und andere schwere Verlebungen beigebracht. Bode mußte nach

dem Krankenhaus geschafft werden, wo er hoffnungslos auf niedergeliegt. Er hatte bis zum Montag abend das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Die Kommunisten marschierten dann im Zuge in die Stadt und drangen auf ihrem Wege in die Räumlichkeiten einer Reihe studentischer Verbündeten ein, wo sie Röhrbilder, Büsten, sowie studentische Embleme und Requisiten von den Wänden rissen und aus dem Fenster warfen. Die inzwischen alarmierte Polizei konnte schließlich dem Treiben Einhalt tun und weitere Verbindungshäuser vor diesen Verbündeten schützen. In der Stadt selbst kam es dann noch zu weiteren Zusammenstößen mit Studenten, wobei mehrere von ihnen erheblich verletzt wurden.

### Staatspolitische Notwendigkeit.

Halle, 24. Juli. Obwohl die Stadt Halle noch nicht 200.000 Einwohner zählt, erkannte die Regierung mit der Begründung, daß eine staatspolitische Notwendigkeit vorliege, einen Polizeipräsidienten für die Stadt Halle, und zwar den ehemaligen Mölner Polizeipräsidienten, den Mehrheitssozialisten August Littton und darauf Bonomi empfängen. (W. T. B.)

Rom, 24. Juli. Orlando lehnte den ihm erteilten

Auftrag, das Kabinett zu bilden, ab, weil die Sozialisten sowohl wie die Katholische Volkspartei nicht mit Abordneten der Rechten in ein Kabinett einzutreten wollen. Der König empfing heute den Kammerpräsidenten Nicola Littton und darauf Bonomi empfängen. (W. T. B.)

### Wirtschaftliche Vernunft oder polnische Ostbarriere?

Wenn sich am 1. September in Dresden und Warschau die deutschen und die polnischen Vertreter zu den lange angeregten, lange erwarteten und für beide Staaten gleiche wichtigen wirtschaftlichen Hauptverhandlungen zusammenfinden, so muß vorher, sollen die Verhandlungen irgendwelchen praktischen Erfolg haben, die Entscheidung über die großen Richtlinien der fünfjährigen polnischen Politik erfolgen, muß der Kampf zwischen Piłsudski und seinen chauvinistischen Gegnern, den Nationaldemokraten, zugunsten des ersten entschieden sein. Denn unter der Herrschaft der nationalen antideutschen Diktatur und unbekämpften Anhänger der französischen Politik der Ostbarriere zwischen Deutschland und Russland in eine deutsch-polnische Verständigung in den bevorstehenden Verhandlungen ausgeschlossen. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen doch nicht ausschließlich um wirtschaftliche Fragen, da für uns ein Eintreten für die Interessen der gerade ungeheuerlich unterdrückten und vergewaltigten großen deutschen Minderheiten unerlässlich ist und wir keinerlei Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete machen können, wenn Polen als getreuer Vasall Frankreichs nicht die Gewalt für einen ungehemmten Verkehr Deutschlands nach dem Osten gibt. War Van Rossum, der markanteste Vertreter des polnischen Chauvinismus vom Schlag der Nationaldemokraten, als Ministerpräsident erledigt und damit ein unüberwindliches Hindernis auf dem Wege einer deutsch-polnischen Verständigung bestellt, aber man darf auch nicht übersehen, daß sein Fall nur auf die ablehnende Haltung des nur Abgeordnete zählenden Klubs der Verfassungsarbeit zurückzuführen ist, daß also die Zahl der Abgeordneten Rossums trotz dieses Abschwenkens noch immer recht groß ist. Man darf ferner nicht daran vorübergehen, daß mit dem fallenden Rossum noch keineswegs eine Abkehr von der Diktatur ergeben ist, da viele Chauvinisten zweifellos nur in dem struppelosen und blutrünstigen Aufstandsbewerber keine für die Leitung der Staatsgeschäfte geeignete Persönlichkeit erblicken, daß sie also gegen Rossum stimmen, ohne die sachliche Politik der Nationaldemokraten ihr Verlebt zu halten. Anderseits bleibt auch bei den „unmöglichen“ Polen um Piłsudski noch so viel an Nationalismus und eingelebter Deutschniedrigkeit übrig, daß man keinen Grund hat, den kommenden Verhandlungen mit allzu starkem Optimismus entgegenzutreten.

Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung ist hier allerdings bereits ein erfolgreicher Lehrmeister gewesen und beginnt auch merklich auf Chauvinisten und Franzosenfreunde einzuwirken. Gerade der vor einiger Zeit von Frankreich aufgezwungene französisch-polnische Handelsvertrag mit seinen selbst von den polnischen Nationaldemokraten schärfstiften einseitigen Vorleistungen für Frankreich vor der traurigen wirtschaftlichen Lage Polens keine Erleichterung gebracht, und das untrügliche Wirtschaftsbonитет der Polen beweist unmöglich die polnische Abhängigkeit von Deutschland. Die Zuteilung der reichen wirtschaftlichen Kräfte Oberschlesiens hat sich für Polen natürlich wenig oder gar nicht ausgewirkt, und wenn heute die polnische Mark trotz des katastrophalen Marktapses immer noch, wie vor Jahresfrist, nur etwa den zweitwerten Teil der deutschen Mark wert ist, so erhält daraus, daß Polen auf Waren einführt aus Entwicklungslanden wohl oder über verzichten muß. Noch sprechender sind die Zahlen der allerdings recht lädierten polnischen Handelsstatistik. Hatte schon in der Zeit von Januar bis Juni 1920, als Polen eben die abgetrennten deutschen Gebiete besetzt und die im Lande befindlichen Reichsmarschälle durch erzwungenen Unionen gegen nominell gleiche Beiträge in polnischer Mark an sich gerissen hatte, die deutsche Einnahme 90 Prozent der polnischen Gesamt-einfuhr betragen, so blieb Deutschland auch nach der Auswirkung dieses unverdienten wirtschaftlichen Vorleistung noch der Jahresstatistik für 1921 noch immer mit 62,1 Prozent an der Spitze aller Einfuhrmärkte, während die Einfuhr aus dem Lande der intimen Freunde Polens, aus Frankreich, mit 0,3 Prozent an letzter Stelle rangiert. Die aktuelle polnische Ausfuhr aber geht mit 50 Prozent nach Deutschland und Österreich. Sie könnte ganz erheblich höher sein, wenn man nicht in geradezu unverständlicher politischer Verbohrtheit die ungeheuren landwirtschaftlichen Kräfte der abgetrennten deutschen Gebiete errichtet hätte. War doch die Provinz Polen einerseits immer die in Bezug auf landwirtschaftliche Kultur hochstehende preußische Provinz. Wenn man aber, wie im Herbst 1920, in der Provinz Polen einen deutschen Wirtschaftsverband hatte, weil er in den damals mit Lebensmitteln überreich ausgestatteten Polen seine Abnehmer fand, keine Ausfuhrerlaubnis erhielt und ihn zwang, die Kartoffeln als Viehutter zu verwenden und den größten Teil als Dünger wieder auf den Acker zu fahren, wenn man die erfahrenen deutschen Landwirte und Ansiedler mit Hilfe der Liquidation und eines ungeheuerlichen antideutschen „Agrarreform“-Gesetzes aus dem Lande jagt und unerhörte galiläische und grosspolnische Bauer an ihre Stelle setzt, so darf man sich nicht über den Rückgang der Landwirtschaft und ihre Extensivierung wundern. Der Austausch polnischer Lebensmittel, die wir nicht mit hohen Auslands-